

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
(18. Ausschuß)**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 13/3593, 13/3030 Nr. 3 –**

Dritter Bericht über Schäden an Gebäuden

A. Problem

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Entschlieung vom 28. September 1989 (Drucksache 11/4368) zum Zweiten Bericht über Schäden an Gebäuden (Drucksache 13/1830) die Bundesregierung aufgefordert, innerhalb von vier Jahren einen weiteren Bericht vorzulegen, der u. a. auf die bis dahin eingeleiteten Maßnahmen eingeht und die Bauschäden von historischen Bau- und Kunstdenkmälern einbezieht. Aufgrund der zwischenzeitlich vollzogenen Einigung Deutschlands ist dieses Anliegen noch wichtiger geworden und der Zustand der Bausubstanz in den neuen Bundesländern in den Mittelpunkt des Interesses gerückt.

B. Lösung

Der von der Bundesregierung im Januar 1996 vorgelegte Dritte Bauschadenbericht befaßt sich mit allen negativen bautechnischen Entwicklungen am Hochbaubestand Deutschlands, die Nachbesserungs- bzw. Instandhaltungsmaßnahmen erforderlich machen, und geht daher über den auf „vermeidbare“ Schäden begrenzten Gegenstand der vorhergehenden Berichte (1984 und 1988) hinaus. Betrachtungsschwerpunkt ist der Zustand des Wohnungsbestandes.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau legt einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Beschlußempfehlung mit einer Reihe von Forderungen zur Verbesserung der Baubestandspflege und zur Ausbildung der am Bau Beteiligten vor.

C. Alternativen

wurden im Ausschuß nicht erörtert.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

folgende Entschlieung zum Dritten Bericht über Schäden an Gebäuden – Drucksache 13/3593 – anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Empfehlung und Schlußfolgerung aus dem Dritten Bericht über Schäden an Gebäuden der Bundesregierung nach einer langfristig angelegten und systematisch zu betreibenden Instandhaltung/Instandsetzung und Modernisierung. Dies schließt langfristig geplante Diagnosen des Bestandes und die sachgerechte Ermittlung des Instandhaltungsbedarfs für Gebäude im Besitz des Bundes, der Länder und der Kommunen, insbesondere aber auch der denkmalgeschützten Gebäude mit ein, um die städtebaulich bedeutsamen Altbaubestnde fachgerecht instandzusetzen und langfristig erhalten zu können.

Um künftig verläßliche Diagnosen als notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche und dauerhafte Instandsetzungen und Modernisierungen zu erhalten und den Beteiligten zugänglich zu machen, muß geprüft werden, wie geeignet bestehende Stellen und Einrichtungen in die Lage versetzt werden können, qualifizierte Informationen und Diagnosen zu erarbeiten sowie Vorschläge zur Kostensenkung in Verbindung mit Instandsetzungsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Hierbei kommen unter anderem in Betracht die Umweltberatungsstellen des Handwerks, die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, der Bundesarbeitskreis für Altbaumodernisierung sowie Fachinstitute, die bislang insbesondere in der Rationalisierungsberatung für den Neubau tätig sind.

Bereits der Erste und Zweite Bericht über Schäden an Gebäuden haben dazu aufgefordert, Planern und Bauausführenden schon in der Ausbildung verstärkt bautechnische, bauphysikalische und ökologische Zusammenhänge zu vermitteln. Der Dritte Bauschadensbericht weist nochmals darauf hin, daß unwirtschaftliche und unterlassene Instandsetzungen und Modernisierungen zum großen Teil ihre Ursachen in mangelhafter Ausbildung von Architekten und Ingenieuren sowie Handwerkern für die Aufgaben auf diesem Gebiet haben.

Angesichts des zunehmenden Anteils von Bauleistungen am Bestand fordert der Deutsche Bundestag insbesondere auch dazu auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Ausbildungsverordnungen für die Berufe des Bauhaupt- und Baunebengewerbes den im Bericht dargelegten, aktuellen Erfordernissen angepaßt werden, und appelliert dringend an die Kultus- und Wissenschaftsminister der Länder, Studium und Ausbildung von Baufachleuten im Hochschulbereich besser auf die Aufgaben der Bauschadensvermeidung auszurichten. Bei den laufenden Verhandlungen des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau über eine Anpassung der Berufsbilder im Rahmen der Handwerksordnung müssen die erweiterten Aufgaben der Aus- und Fortbildung entsprechend berücksichtigt werden.

Der Deutsche Bundestag weist auch darauf hin, daß – wie bereits im Ersten und Zweiten Bericht über Schäden an Gebäuden ausführlich dargelegt wurde – angesichts der nach wie vor hohen, aber vermeidbaren Bauschäden sowohl im Gebäudebestand als auch bei Neubauten die Bauschadensforschung ausreichend finanziert und unterstützt werden muß.

Bonn, den 12. Dezember 1996

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Werner Dörflinger

Vorsitzender

Gabriele Iwersen

Berichterstatterin

Jürgen Sikora

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gabriele Iwersen und Jürgen Sikora

I.

Der Dritte Bericht über Schäden an Gebäuden – Drucksache 13/3593 – wurde gemäß § 80 Abs. 3 GO-BT mit Drucksache 13/3930 an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur Beratung überwiesen. Dieser hat den Bericht in seiner 34. Sitzung am 8. Mai 1996, in seiner 40. Sitzung am 9. Oktober 1996, in seiner 42. Sitzung am 6. November 1996 sowie in seiner 45. Sitzung am 11. Dezember 1996 beraten.

Nachdem sich im Ausschuß abzeichnete, daß die dem Deutschen Bundestag zur Annahme vorzulegende EntschlieÙung sich auf Fragen der Ausbildung konzentrierte, wurde der Entwurf dieser EntschlieÙung dem Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung mit der Bitte um gutachtliche Beratung zugeleitet. Dieser hat dem Entwurf der EntschlieÙung einstimmig bei Enthaltung einer Stimme der Fraktion der F.D.P. zugestimmt.

Der Ausschuß hat den Dritten Bericht über Schäden an Gebäuden zustimmend zur Kenntnis genommen und empfiehlt einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die in der Beschlußempfehlung enthaltene EntschlieÙung anzunehmen.

II.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ist übereinstimmend der Auffassung, daß die Aussagen des Dritten Berichts über Schäden an

Gebäuden wertvolle Hinweise für die Bau- und Wohnungspolitik, aber auch darüber hinaus für alle am Bau Beteiligten geben. Besonders zu begrüßen ist, daß der Bericht den Schwerpunkt auf die Situation in den neuen Bundesländern legt.

Der Ausschuß hat mit Bedauern festgestellt, daß die im Ersten und Zweiten Bericht über Schäden an Gebäuden angemahnten Mängel im Bereich der Aus- und Fortbildung von Architekten, Ingenieuren, Handwerkern und Baufacharbeitern, vor allem was das Bauen im Bestand betrifft, noch nicht behoben sind. Wenn es jährlich vermeidbare Bauschäden in Höhe von 6,7 Mrd. DM gibt und die Hälfte davon auf Fehlleistungen bei Instandsetzung und Modernisierung entfällt, wirft dies nach Ansicht des Ausschusses ein schlechtes Licht auf die Ausbildung. Der Ausschuß empfiehlt daher dem Deutschen Bundestag, in der EntschlieÙung dieses Thema aufzugreifen und auf Verbesserungen zu dringen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich bei der Beschlußfassung der Stimme enthalten. Sie kritisiert, dieser gemeinsame Antrag sei zu unverbindlich und zeige zu wenig konkretes Handeln auf. Aus dem Dritten Bericht über Schäden an Gebäuden ergebe sich deutlich, daß für die Altbausubstanz der Jahrgänge vor 1918 zu wenig getan werde, so daß diese meist das Stadtbild prägenden Altbauten vom Verfall bedroht seien. Den Forderungen des 4. Kapitels könne nur beigepflichtet werden. Dies sei auch ein Problem der deutlich heruntergefahrenen Städtebauförderung.

Bonn, den 12. Dezember 1996

Gabriele Iwersen

Berichterstatterin

Jürgen Sikora

Berichterstatter